Kleine Anfrage

der Abgeordneten Henfling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Umsetzung der Istanbul-Konvention in Thüringen

Das "Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt" ist ein völkerrechtlicher Menschenrechtsvertrag und wurde nach mehrjährigen Verhandlungen der Staaten des Europarats am 11. Mai 2011 in Istanbul beschlossen. Seit dem 1. Februar 2018 ist diese Konvention in Deutschland in Kraft. Mit dem Inkrafttreten ist Deutschland und damit auch Thüringen völkerrechtlich an die Istanbul-Konvention gebunden. Die Konvention verpflichtet die Vertragsstaaten, umfassende Maßnahmen zur Prävention, Intervention, Schutz und zu rechtlichen Sanktionen gegen geschlechtsspezifische Gewalt zu ergreifen. Das bedeutet, dass der Gesetzgeber, die Verwaltung und die Gerichte in Deutschland rechtlich an alle Regelungen der Konvention gebunden sind und diese umsetzen müssen. Der Runde Tisch ist seit September 2018 im Rahmen des Bundesprogramms "Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend tätig. Hier sind Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Ländern und Institutionen eingebunden.

Das **Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie** hat die **Kleine Anfrage 7/1726** vom 15. Februar 2021 namens der Landesregierung mit Schreiben vom 2. Juni 2021 beantwortet:

1. Welche Fördergelder haben Thüringer Kommunen und der Freistaat Thüringen im Rahmen des Programms "Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend insgesamt abgerufen (bitte aufschlüsseln nach Datum, beantragender Behörde, Höhe des Eigenanteils und der Fördersumme, für welches Projekt es beantragt worden ist und in welcher Höhe Fördergelder genehmigt worden sind)?

Antwort:

Zuwendungsempfänger gemäß Förderrichtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für investive Maßnahmen zur Unterstützung von Innovationen im Hilfesystem für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder sind juristische Personen des öffentlichen Rechts beziehungsweise juristische Personen des Privatrechts, die als gemeinnützig anerkannt sind.

Bislang liegen in Thüringen drei Förderanfragen gemeinnütziger Träger von Schutzeinrichtungen vor. Das Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie hat gegenüber dem vom Bundesfamilienministerium mit der Verwaltung des Förderprogramms beauftragten Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) die verfahrensseitig notwendige Befürwortende Stellungnahme zu allen drei Projekten abgegeben. Für die Beantragung und Bewilligungsentscheidung liegen derzeit noch nicht die notwendigen Voraussetzungen vor. Demgemäß erfolgte im Jahr 2021 noch kein Mittelabfluss.

2. Welche Fördergelder hat der Freistaat Thüringen aus dem Landeshaushalt seit Januar 2018 in Schutzmaßnahmen und Schutzeinrichtungen oder sonstige Anforderungen (zum Beispiel Beratungsstellen) aus der Istanbul-Konvention investiert (bitte aufschlüsseln nach Jahr, Projekt, Investitionssumme und Kommune)?

Antwort:

0	Jahr	2018	2019	2020
1	Fördersumme	Euro		
2	Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen			
3	Frauenschutzwohnung Altenburg	51.900,00	51.900,00	61.701,96
4	Frauenschutzwohnung Apolda	keine Antragstellung		
5	Frauenhaus Bad Langensalza	51.900,00	51.900,00	53.242,08
6	Frauenhaus Eisenach	51.900,00	51.900,00	51.900,00
7	Frauenhaus Erfurt	51.900,00	51.900,00	66.934,53
8	Frauenhaus Gera	51.900,00	51.900,00	69.181,99
9	Frauenhaus Gotha	50.733,00	51.900,00	62.969,26
10	Frauenhaus Jena	51.900,00	51.900,00	69.600,00
11	Frauenhaus Meiningen	40.585,00	50.282,00	69.600,00
12	Frauenhaus Rudolstadt	51.262,00	51.900,00	55.900,00
13	Frauenhaus Sondershausen	51.900,00	51.900,00	53.706,25
14	Frauenhaus Weimar	46.962,00	51.900,00	64.435,00
15	Frauenschutzwohnung Leinefelde	44.391,00	49.787,00	53.533,35
16	Frauenhäuser und -schutzwohnungen gesamt	597.233,00	619.069,00	732.704,42
17	Interventionsstellen			
18	Interventionsstelle Erfurt	105.455,00	113.634,00	118.521,23
19	Interventionsstelle GeSa Gera	121.881,00	109.615,00	126.500,00
20	Interventionsstelle HANNA Meiningen	107.466,00	95.922,00	101.895,72
21	Interventionsstelle Nordhausen	107.246,00	110.256,00	110.256,00
22	Interventionsstellen gesamt	442.048,00	429.427,00	457.172,95
23	geschlechtsspezifische Beratungsstrukturen			
24	Projekt "A4"	102.927,00	134.720,00	133.000,00
25	geschlechtsspezifische Beratungsstrukturen gesamt	102.927,00	134.720,00	133.000,00

0	Jahr	2018	2019	2020
1	Fördersumme	Euro		
26	Frauzentren			
28	Frauzentrum Apolda	30.136,00	Fortsetzung der Förderung seit 2019 im Landesprogramm "Zusammenleben der Generationen" (LSZ); Antragstellung erfolgt nicht mehr beim Land, sondern bei den Landkreisen und kreisfreien Städten direkt; für Träger, die 2018 Landesförderung erhalten und danach Anträge im Rahmen des LSZ gestellt haben, besteht Bestandsschutz	
29	Frauzentrum Arnstadt	22.138,00		
30	Frauzentrum "ungeschminkt" Bad Langensalza	9.188,99		
31	Bildungszentrum Mühlhausen	0,00		
32	Frauzentrum "LOUISE" Bad Salzungen	21.087,53		
33	Frauzentrum Eisenberg	4.807,00		
34	Frauzentrum Erfurt	45.000,00		
35	Frauzentrum "Brennnessel" Erfurt	45.000,00		
36	Frauenkommunikationszentrum Gera	33.044,00		
37	Frauenkommunikationszentrum Gera	26.171,00		
38	Frauzentrum Geratal	4.725,00		
39	Frauenkommunikationszentrum Göllingen	Modellregion LSZ		
40	Frauzentrum Großbreitenbach	19.305,00		
41	Frauenbildungs- und Begegnungsstätte ko-ra-le Heilbad Heiligenstadt	45.000,00		
42	Frauenkommunikationszentrum "BINKO" Hildburghausen	17.714,00		
43	Frauen- und Familienzentrum Ilmenau	45.000,00		
44	Frauenkommunikationszentrum "TOWANDA" Jena	45.000,00		
45	Beratungszentrum "LUCIE" Jena	5.000,00		
46	Frauenkommunikationszentrum "Kleeblatt" in Königsee	13.166,00		
47	Frauzentrum Leinefelde	10.543,00		
48	Frauenkommunikationszentrum Mühlhausen	2.278,00		
49	Frauen- und Familienzentrum Neudietendorf	23.074,00		
50	Frauzentrum Rudolstadt	30.089,00		
51	Frauenkommunikationszentrum Saalfeld	5.024,00		
52	Frauzentrum "Silka" Schleiz	695,00		
53	Frauzentrum Schleiz	3.738,00		
54	Frauenkommunikationszentrum Weimar	23.948,00		
55	Summe Frauzentren	530.871,52	594.321,89	717.126,86

0	Jahr	2018	2019	2020
1	Fördersumme		Euro	
57	Weitere Maßnahmen der Ressorts			
58	Landesfrauenrat Thüringen e. V.	78.086,10	80.000,00	87.475,00
59	Zuweisungen und Zuschüsse für Gewaltkonfliktberatungsstellen	210.049,60	233.333,34	237.791,59
60	Summe Maßnahmen der Ressorts	288.135,70	313.333,34	325.266,59
61	GESAMT	1.961.215,22	2.090.871,23	2.365.270,82

3. Wie hoch ist derzeit der Landesetat für Projekte zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Thüringen (bitte aufschlüsseln nach Jahr, Projekt/Planstelle und Finanzierungssumme)?

Antwort:

Bisher gibt es keine eigene Haushaltsstelle für die Umsetzung der Istanbul-Konvention in Thüringen. Gleichwohl sind verschiedene Maßnahmen und Einrichtungen, die der Umsetzung der Istanbul-Konvention zugeordnet werden können, im Haushaltsjahr 2021 etatisiert:

Einzelplan 05:

Zweckbestimmung	Kapitel	Titel	Untertitel	Ansatz 2021 Euro
Zuschüsse an eine Fachberatungsstelle gegen Menschenhandel	05 02	684 71	0100	100.000,00
Zuweisungen und Zuschüsse für Gewaltkonfliktberatungsstellen	05 04	684 04		250.000,00
Opferunterstützungsfonds für Opfer rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer und sexualisierter Gewalt	05 03	681 63		150.000,00
Summe Einzelplan 05 (Ansatz Opferunterstützungsfonds nicht in Summe enthalten, da dieser nur anteilig für sexualisierte Gewalt)				350.000,00

Das Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz verfügt seit 2021 neu in seinem Haushalt in Kapitel 05 03 Titel 681 63 über 150.000 Euro für einen "Opferunterstützungsfonds für Opfer rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer und sexualisierter Gewalt".

Die Mittel stehen Opfern rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer und sexualisierter Gewalt und deren verfahrensbegleitenden Personen zum Beispiel zur rechtsanwaltlichen Begleitung in Ermittlungs-, Verwaltungs- und Gerichtsverfahren zur Verfügung, soweit solche Unterstützungsleistungen nicht aus anderen Titeln, zum Beispiel für psychosoziale Prozessbegleitung, finanziert werden.

Einzelplan 08:

Zweckbestimmung	Kapitel	Titel	Untertitel	Ansatz 2021 Euro
13 Frauenhäuser/Frauenschutzwohnungen gemäß Thüringer Frauenhausförderverordnung ^{*a)}	08 24	684 10	0100	1.100.600,00
4 Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt	08 24	684 10	0200	550.700,00
Frauzentren (im LSZ)	08 24	633 77	0100	850.900,00
Zuschüsse zur Kofinanzierung des Landes für investive Förderung im Bundesprogramm "Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen" * b)	08 24	893 01		83.000,00 <i>Verpflichtungsermächtigungen gesamt</i> 2022 -2023: 100.000,00
geschlechtsspezifische Beratungsstelle Projekt A4	08 24	684 10	0500	167.300,00

Zweckbestimmung	Kapitel	Titel	Untertitel	Ansatz 2021 Euro
Landesfrauenrat Thüringen e. V.	08 24	684 10	0300	99.400,00
Studie zur Bedarfsermittlung im Rahmen des Gewaltschutzes in Umsetzung der Istanbul-Konvention in Thüringen* ^{c)}	08 01	526 02		20.000,00
institutionelle Förderung Fachberatungsstelle Prostitution* ^{d)}	08 29	684 71	1400	200.000,00
Koordinierungsstelle Gewaltprävention im Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familien* ^{e)}	Personalausgaben	08 08	428 041	158.000,00
	Sachausgaben	08 01		20.000,00
Gesamtsumme Einzelplan 08 (ohne VE)				3.249.900,00
Zuzüglich VE für 2022 bis 2023 in Höhe von				100.000,00

* Veränderungen in 2021 im Vergleich zu 2020:

- a) ein zusätzliches Frauenhaus (ab 2021 13 statt bisher 12)
- b) Zuschüsse des Landes zur Umsetzung des Bundesinvestitionsprogramms in Thüringen
- c) Studie zur Bedarfsermittlung Gewaltschutz
- d) institutionelle Förderung der Fachberatungsstelle Prostitution
- e) Koordinierungsstelle Gewaltprävention

4. Welche Thüringer Vertreterinnen und Vertreter nehmen an dem "Runden Tisch" teil (bitte aufschlüsseln nach Vertreterinnen und Vertreter und Institutionen)?

Antwort:

Thüringen wird am Runden Tisch durch die Ministerin und die Staatssekretärin des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familien und die Landesbeauftragte für die Gleichstellung von Frau und Mann vertreten. An den Facharbeitsgruppen nimmt die Referatsleitung des für Schutzeinrichtungen für Frauen zuständigen Fachreferats im Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familien teil.

5. Welche Ergebnisse und Initiativen hat der "Runde Tisch" bisher hervorgebracht?

Antwort:

Das erste wichtige Ergebnis ist die Bereitstellung von Bundesmitteln in Höhe von 120 Millionen Euro für das Bundesinvestitionsprogramm "Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen". In diesem Programm stellt der Bund bis 2024 jährlich circa 30 Millionen Euro zur Verfügung, mit denen Maßnahmen zum Aus-, Um- und Neubau sowie zum Erwerb oder der Sanierung von Unterstützungseinrichtungen (zum Beispiel Frauenhäuser, Fachberatungsstellen oder Schutzwohnungen) gefördert werden, denen innovative Ansätze zur Unterstützung bei Gewaltbetroffenheit für schutzsuchende Frauen mit ihren Kindern zugrunde liegen. Zielstellung ist es insbesondere, die Einrichtungen besser zugänglich zu machen. Im Blick sind vor allem Zielgruppen, deren Zugang zu Schutz und Beratung bislang erschwert ist. So soll mit den Mitteln zum Beispiel der barrierefreie Ausbau von Frauenhäusern und Beratungseinrichtungen gefördert werden. Außerdem sollen neue räumliche Kapazitäten und innovative Wohnformen für Frauen geschaffen werden, die von Gewalt betroffen sind und gemeinsam mit ihren Kindern Schutz suchen. Nach dem Königsteiner Schlüssel entfallen auf den Freistaat Thüringen jährlich circa 750.000 Euro. Die Vergabe erfolgt in enger Zusammenarbeit zwischen Bund, Land und Kommunen.

Dieses Programm war ursprünglich für die Jahre 2020 bis 2023 vorgesehen. Aufgrund coronabedingter Anlaufschwierigkeiten und dem Umstand, dass die für die Durchführung zuständige Servicestelle erst aufgebaut werden musste, hat der Bund den Antragszeitraum bis 2024 verlängert.

Weitere fünf Millionen Euro stellt der Bund über das Bundesinnovationsprogramm "Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen" bereit. Damit will das Bundesfrauenministerium dazu beitragen, identifizierte Lücken im Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen zu schließen und die bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Hilfesystems für gewaltbetroffene Frauen anzustoßen und voranzutreiben.

Ziel ist die finanzielle Unterstützung von innovativen Maßnahmen, unter anderem zur

- Verbesserung der Passgenauigkeit und Funktionsfähigkeit von Hilfsangeboten,
- Anpassung von Hilfsangeboten an neue Herausforderungen,
- Erleichterung des Zugangs zu Schutz und Beratung und
- zur Prävention von Gewalt gegen Frauen.

In der zweiten Phase des Runden Tisches geht es um die Einführung eines bundesweiten Rechtsanspruchs auf einen Frauenhausplatz. Bis Frühjahr 2021 war zunächst ein Eckpunktepapier geplant, das als Grundlage für ein Gesetzgebungsverfahren in der kommenden Legislatur hätte dienen sollen. Die Diskussion gestaltet sich jedoch schwieriger als erwartet, so dass das Bundesministerium sein Ziel nun vom Eckpunktepapier auf eine gemeinsame Position von Bund, Länder und Kommunen geändert hat. Ob diese im Verlauf des Frühjahrs zu erreichen sein wird, bleibt abzuwarten. Zunächst waren die Vertreterinnen der Zentralen Informationsstelle autonomer Frauenhäuser (ZIF) skeptisch gegenüber einem Rechtsanspruch, weil sie befürchteten, dass ein solcher individuell von den gewaltbetroffenen Frauen eingeklagt werden müsste. Die Vertreterinnen der ZIF haben sich jedoch nun darauf verständigt, dass ein Rechtsanspruch grundsätzlich zu begrüßen ist und es auf die Ausgestaltung und gesetzliche Verortung desselben ankäme. Schwierig gestaltet sich jetzt, dass zwar zehn von 16 Ländern den Rechtsanspruch befürworten, aber sechs Länder sowie die Kommunen skeptisch sind. Die einen - wie Schleswig-Holstein - weil sie um ihren höheren Standard fürchten, andere, weil sie eine höhere Finanzierungsverantwortung auf sich zukommen sehen.

Grundsätzlich stellt sich beim Rechtsanspruch die Frage, ob er an ein Sozialgesetzbuch angedockt oder ein eigenständiges Gesetz werden soll (die Tendenz geht zu Letzterem) und ob sich der Bund an der Finanzierung beteiligen wird.

Die für einen bundesweiten Rechtsanspruch maßgeblichen Aspekte sind in einem Positionspapier zusammengefasst, das das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter Einbeziehung der Länder und der kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene erarbeitet hat. Das Positionspapier ist bisher ein internes Dokument. Im Rahmen der für diese Legislaturperiode letzten Sitzung des Runden Tisches auf Ressortleitungsebene ist seine Verabschiedung vorgesehen mit der Maßgabe, dass in der nächsten Legislaturperiode dieser Sachstand aufgegriffen werden kann.

6. Welche weiteren Maßnahmen wurden im Rahmen der Umsetzung der Istanbul-Konvention bereits durch die Landesregierung ergriffen und was ist gegebenenfalls für wann geplant?

Antwort:

Im Thüringer Landeshaushalt 2021 sind bei Kapitel 08 24 Titel 893 01 Ausgaben in Höhe von 83.000 Euro sowie Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2022 in Höhe von 60.000 Euro und 2023 in Höhe von 40.000 Euro etatisiert. Die Veranschlagung dient der Finanzierung des Bundesinvestitionsprogramms "Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen". Die Bundesförderung für bauliche Maßnahmen setzt voraus, dass sich die Träger der Schutzeinrichtungen für Frauen in angemessenem Umfang an der Gesamtfinanzierung beteiligen unter Berücksichtigung ihrer finanziellen Situation. Dieser von den Trägern, den kommunalen Gebietskörperschaften aufzubringende Eigenanteil beträgt zehn Prozent der investiven Ausgaben. Zur Regelung von Voraussetzungen und Umfang einer eventuellen ergänzenden Landesförderung ist eine entsprechende Landesrichtlinie erforderlich.

Die Gewährung von Zuwendungen aus dem Bundesinnovationsprogramm "Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen" setzt grundsätzlich den Einsatz von Eigenmitteln der Träger und/oder von Drittmitteln in Höhe von mindestens 20 Prozent voraus.

Die Gleichstellungsbeauftragte und das für Schutzeinrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen zuständige Referat im Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie werben intensiv dafür, dass sich Schutzeinrichtungen in Thüringen auf den Weg machen, Anträge an das Bundesinvestitionsprogramm und/oder das Bundesinnovationsprogramm zu stellen. Da die Anträge im Bewilligungsverfahren dem Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie zur befürwortenden Stellungnahme vorgelegt und die Kommunen mit einbezogen werden, hat das Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie angeboten, Förderanfragen bereits im Vorfeld zu begleiten. Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen, die Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sowie die Seniorenbeauftragten wurden durch die Gleichstellungsbeauftragte des Landes um strukturel-

le Unterstützung gebeten. Geplant ist auch, die Kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen hierfür zu gewinnen.

Als Teil der Umsetzung der Istanbul-Konvention wird an der Verabschiedung des Rahmenkonzeptes Hochrisikomanagement gearbeitet. Ziel dieses Managements ist es, Frauen, die von schwersten Gewalttaten und Morddrohungen bedroht sind, umfassend und nachhaltig zu schützen. Dafür sollen Analyseinstrumente eingeführt werden, um diese Fälle zu identifizieren und im nächsten Schritt schnellstmöglich Fallkonferenzen mit allen für den Schutz der Frauen relevanten Behörden und Einrichtungen einzuberufen. In der Regel werden hierzu die Polizei, Frauenschutzeinrichtungen (Frauenhäuser, -schutzwohnungen, Interventionsstellen), kommunale Ämter wie Sozialamt und im Falle von beteiligten Kinder auch das Jugendamt et cetera gehören.

Der Haushaltsgesetzgeber hat im Landeshaushalt 2021 bei Kapitel 08 08 Titel 428 01 die Personalausgaben für zwei Stellen und bei Kapitel 08 01 die Sachausgaben für die Einrichtung einer Koordinierungsstelle Gewaltprävention im Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie etatisiert. Des Weiteren sind bei Kapitel 05 02 Titel 684 71 Zuschüsse für eine Fachberatungsstelle gegen Menschenhandel und bei Kapitel 08 29 Titel 684 71 Untertitel 1400 Ausgaben für die institutionelle Förderung einer Fachberatungsstelle Prostitution berücksichtigt. Als Grundlage für einen bedarfsgerechten quantitativen und qualitativen Ausbau von Schutzangeboten ist für dieses Jahr eine Studie zur Bedarfsermittlung vorgesehen. Mittel hierfür sind im Landeshaushalt 2021 bei Kapitel 08 01 Titel 526 02 berücksichtigt.

Die Gleichstellungsbeauftragte des Landes wird die sogenannte Monitoringgruppe zu einer Videokonferenz einladen, um die weiteren Umsetzungsschritte der Istanbul-Konvention zu besprechen.

Werner
Ministerin